

**Sachstandsbericht zur Umsetzung der Verwaltungsdigitalisierungsstrategie der Stadtverwaltung Beckum**

Federführung: Fachbereich Innere Verwaltung

Beteiligungen:

Auskunft erteilt: Herr Sonnenburg | 02521 29-1010 | sonnenburg@beckum.de

Beratungsfolge:

Haupt-, Finanz- und Digitalausschuss

02.07.2026 Kenntnisnahme

Erläuterungen:

Im Berichtszeitraum hat sich erneut gezeigt, dass Verwaltungsdigitalisierung nicht allein als Einführung einzelner Anwendungen zu verstehen ist. Vielmehr rücken zunehmend die Schaffung belastbarer technischer Grundlagen, die Standardisierung von Abläufen, die organisatorische Verankerung digitaler Arbeitsweisen und die Gewährleistung von Informationssicherheit in den Mittelpunkt. Die digitale Transformation ist damit weiterhin als dauerhafte Querschnittsaufgabe zu verstehen, die technische, organisatorische und kulturelle Veränderungen gleichermaßen erfordert.

Im Bereich der IT-Sicherheit hat sich im Berichtszeitraum in besonderer Weise bestätigt, wie wichtig belastbare Schutz- und Reaktionsmechanismen für den laufenden Verwaltungsbetrieb sind. Nachdem an den Verwaltungsservern der Stadt Beckum im März 2026 ein verdächtiges Verhalten festgestellt worden war, das auf einen Cyberangriff hindeutete, wurden die Systeme vorsorglich vollständig abgeschaltet und Maßnahmen nach dem Notfallprotokoll eingeleitet. Im Ergebnis wurden weder Schadsoftware noch ein Datenabfluss festgestellt. Zugleich hat das Ereignis noch einmal bestätigt, dass Cybersicherheit, Monitoring, Notfallorganisation und technische Resilienz dauerhaft hohe Priorität behalten müssen.

Daneben lag ein weiterer Schwerpunkt auf den digitalen Basics und der Infrastruktur. In mehreren Bereichen zeigt sich, dass erfolgreiche Digitalisierung nur dort gelingen kann, wo verlässliche Basissysteme, einheitliche technische Standards und leistungsfähige Infrastrukturen vorhanden sind. Die Fortschreibung der Digitalisierungsstrategie hebt deshalb weiterhin durchgängige digitale Prozesse, flexible Arbeitswelten und die bedarfsgerechte Weiterentwicklung digitaler Serviceangebote als zentrale Elemente hervor. Auch der laufende Ausbau digitaler Grundlagen in einzelnen Fachbereichen bleibt damit eine wesentliche Voraussetzung, um künftige Fachverfahren, Automatisierungen und medienbruchfreie Abläufe tragfähig umsetzen zu können.

Ausgewählte Umsetzungsschwerpunkte

Zu den ausgewählten Umsetzungsschwerpunkten zählt weiterhin die Fortführung der Einführung des Dokumentenmanagementsystems (DMS). Das DMS ist bereits in mehreren Fachdiensten eingeführt und bildet eine wesentliche Grundlage dafür, Dokumente schneller aufzufinden, Freigabeprozesse zu erleichtern, Vorgänge nachvollziehbar zu gestalten

sowie Papier- und Prozesskosten zu reduzieren. Zugleich zeigt sich, dass mit dem DMS nicht nur eine technische Lösung eingeführt wird, sondern ein grundlegender Wandel hin zu strukturierter, medienärmerer und besser steuerbarer Vorgangsbearbeitung verbunden ist. Die weitere Ausdehnung und Standardisierung des DMS-Einsatzes ist deshalb von zentraler Bedeutung für die Gesamtentwicklung der digitalen Verwaltung. Derzeit sind 11 von 25 Organisationseinheiten angebunden. 2 weitere befinden sich aktuell im Test beziehungsweise der Einführung.

Ein weiteres aktuelles Projekt ist der Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) in der Telefonzentrale. Dieses Vorhaben steht beispielhaft für den Anspruch, neue technologische Möglichkeiten gezielt dort zu nutzen, wo sie einen konkreten Mehrwert für Bürgerinnen und Bürger sowie für die interne Aufgabenerledigung schaffen können. Insbesondere in serviceintensiven Bereichen kann der KI-gestützte Einsatz dazu beitragen, Anfragen besser vorzustrukturieren, Erreichbarkeiten zu verbessern und Mitarbeitende bei standardisierbaren Kommunikationsvorgängen zu entlasten.

Ein weiterer ausgewählter Umsetzungsschwerpunkt ist die Weiterentwicklung der Online-Dienstleistungen. Hierfür wurde eine Übersicht über alle anzubietenden Dienstleistungen als systematische Grundlage erstellt. Darauf aufbauend werden die Dienstleistungen mit dem höchsten Digitalisierungsmehrwert ermittelt. Auf diese Weise wird ein priorisierter Ansatz verfolgt, der nicht bei der bloßen digitalen Antragstellung stehen bleibt, sondern in Richtung Prozessmanagement weiterführt. Ziel ist es, Prozesse schlanker, nutzerorientierter und möglichst medienbruchfrei zu gestalten sowie Digitalisierungsmaßnahmen strukturierter zu priorisieren und umzusetzen. Seit der letzten Berichterstattung wurde das Leistungsbündel Urkunden-Bestellservice für Urkunden des Standesamts umgesetzt. So können Geburts-, Ehe-, Lebenspartnerschafts- und Sterbeurkunden, beglaubigte Auszüge aus dem Geburten-, Ehe-, Lebenspartnerschafts- oder Sterberegister sowie mehrsprachige (internationale) Geburts-, Ehe- und Sterbeurkunden online beantragt werden.

In diesem Zusammenhang ist auch die weitere Anbindung an das Bauportal.NRW einzuordnen. Sie steht beispielhaft dafür, dass digitale Angebote ihren vollen Mehrwert erst dann entfalten, wenn sie mit den internen Bearbeitungsprozessen verzahnt werden und ein möglichst durchgängiger digitaler Verfahrensablauf entsteht. Zugleich verdeutlicht dies die Abhängigkeit von Dritten, da das Bauportal als Landeslösung entwickelt wurde und nun zur Nachnutzung bereitsteht.

Im Zusammenhang mit der weiteren Verwaltungsdigitalisierung sind auch die Themen CAFM und moderne Arbeitswelten zu berücksichtigen. Digitalisierung erfordert regelmäßig Investitionen und ist daher zunächst mit zusätzlichen finanziellen Aufwendungen verbunden, deren Bereitstellung unter den Bedingungen einer angespannten Haushaltslage eine besondere Herausforderung darstellt. Erschwerend kommt hinzu, dass sich der Nutzen entsprechender Maßnahmen nicht in jedem Fall unmittelbar und trennscharf wirtschaftlich beziffern lässt. Gleichwohl ergeben sich Mehrwerte regelmäßig durch effizientere Prozesse, höhere Flexibilität, verbesserte Flächennutzung und eine insgesamt leistungsfähigere Verwaltungsorganisation.

Gerade im Bereich moderner Arbeitswelten können sich dabei auch mittel- bis langfristige wirtschaftliche Effekte ergeben. Durch einen Shared-Desk-Ansatz und die hierfür erforderlichen Investitionen, insbesondere in Laptops und entsprechende Arbeitsplatzausstattungen, kann die Zahl der vorzuhaltenden Arbeitsplätze perspektivisch reduziert werden.

Hieran anknüpfend kann sich die Möglichkeit ergeben, Flächenbedarfe zu verringern und damit auch Mietverhältnisse aufzugeben. Ein CAFM-gestütztes Flächenmanagement kann hierbei unterstützen, indem Flächen, Nutzungen und Bedarfe transparenter erfasst und besser gesteuert werden.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass sich die Verwaltungsdigitalisierung der Stadt Beckum weiter von einer projektbezogenen Einzelbetrachtung zu einem stärker integrierten Entwicklungsansatz bewegt. Neben sichtbaren Einzelvorhaben gewinnen insbesondere Informationssicherheit, belastbare Infrastruktur, gemeinsame Standards und organisatorische Steuerung weiter an Bedeutung. Die dargestellten ausgewählten Umsetzungsschwerpunkte verdeutlichen zugleich, wie auf dieser Grundlage konkrete Mehrwerte für die Verwaltung, die Bediensteten und die Bürgerinnen und Bürger erzielt werden können.

Anlage(n):

ohne